

Gespräch mit Günter Verheugen »Europa an die Weltspitze«

Günter Verheugen, geb. 1944, ist seit September 1999 Mitglied der EU-Kommission, zunächst zuständig für die Erweiterung der Union, seit November 2004 für Industrie und Unternehmenspolitik. Thomas Meyer sprach mit ihm am 6. November in Köln.

NG/FH: Im Januar 2007 übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die europäische Ratspräsidentschaft. Was wird von uns erwartet, womit könnte die Bundesrepublik glänzen?

Günter Verheugen: Für mich ist die erste Voraussetzung einer erfolgreichen deutschen Ratspräsidentschaft ein innenpolitisches Projekt, nämlich diese Gelegenheit zu nutzen, Deutschland wieder als das Land zu positionieren, das Europa zu seiner eigenen historischen Bestimmung macht. Deutschland darf nie vergessen, dass seine Geschichte Auslöser und Notwendigkeit dieses Prozesses der europäischen Einigung war, und mich stimmt es tief traurig, dass ausgerechnet in Deutschland die Zustimmung zur europäischen Einigung offenbar rapide am Schwinden ist. Deshalb erwarte ich zunächst ein viel deutlicheres Bekenntnis der politischen Eliten Deutschlands zur Verantwortung des Landes für Europa. Zweitens ist es dringend erforderlich, dass wir aus dem derzeitigen Stillstand der europäischen Integration herauskommen, ein Zustand, den man übrigens gerne als Krise bezeichnen darf. Wir müssen erreichen, dass nach dem Kraftakt der Erweiterung jetzt auch die Reform der Europäischen Union an Haupt und Gliedern gelingt.

NG/FH: Befinden wir uns nicht in der Phase eines Zwischentiefs, wie es in politischen Prozessen häufiger vorkommt?

Verheugen: Nein, es ist sehr viel mehr. Ich

will nur drei Gründe stichwortartig nennen: Der erste Grund: Europa als Friedensprojekt ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Jüngere Generationen genießen die Früchte dieser Politik, ohne zu wissen, dass sie bewahrt werden müssen. Ich bin ja nicht unglücklich darüber, dass junge Leute heute nicht mehr wissen, was Zerstörung, Hunger und Unterdrückung bedeutet, aber nichts desto weniger gibt es eine Verpflichtung, sich stets bewusst zu machen, dass Europa im Kern ein Friedensprojekt ist, das erfolgreichste der Weltgeschichte, um das wir außerhalb Europas in der ganzen Welt beneidet werden. Aber das Bewusstsein dafür ist nicht mehr da.

Der zweite Grund: Ich glaube, dass das Lebensgefühl der meisten Menschen in den alten Mitgliedsländern eher bestimmt ist von Verunsicherung, vielleicht sogar Angst im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Zukunft. Die Menschen begreifen sehr genau, dass wir uns in einem ganz tiefgreifenden Prozess des Wandels befinden. Die neue Phase der Globalisierung bedeutet eben nicht mehr weltweite Arbeitsteilung, sondern weltweiter Wettbewerb auf vergleichbarem technologischem Niveau, was dazu führt, dass der einzelne Arbeitnehmer in unserem Teil der Welt im Wettbewerb steht mit einzelnen Arbeitnehmern in anderen Teilen der Welt. Die Leute spüren, dass es keine wirkliche Antwort auf die Frage gibt, wie Europa sich einstellt auf diese gigantische Herausforderung. Die Menschen bleiben ratlos zurück oder glauben sogar, dass die europäische Integration diesen Strukturwandel mit all seinen negativen Konsequenzen verursacht hat.

Und der dritte Grund hat mit einem Strukturproblem der Europäischen In-

tegration zu tun und betrifft einen eklatanten Mangel an politischer Führung und demokratischer Transparenz.

NG/FH: Die Lissabon-Strategie des Jahres 2000, die eine ökonomische Dominanz des europäischen Wirtschaftsraumes binnen zehn Jahren anstrebte, ist zunächst gescheitert. Gibt es neue Ansätze?

Verheugen: Ja, es war meine erste Initiative in der Barroso-Kommission, die Lissabon-Strategie zu ersetzen durch eine Politik, die ich »Europäische Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung« nenne. Lissabon ist an zwei wesentlichen Mängeln gescheitert. *Erstens* gab es überhaupt keinen Implementierungsmechanismus, also keine *governance*, wie man heute in der Europa-Sprache sagt. Keiner fühlte sich verantwortlich und machte das, wozu man sich verpflichtet hatte. Und *zweitens* gab es keine wirklichen Prioritäten, sondern einen Katalog alles dessen, was jedermann in Europa irgendwie wünschenswert erschien. Dies haben wir nun grundlegend geändert durch eine Wachstums- und Beschäftigungspolitik für Europa, die auf einem funktionierenden Koordinierungsmechanismus beruht, der zwar noch nicht optimal ist, das gebe ich zu, aber immerhin eine Strategie hat, die um vier große Themen kreist: Vollendung des Binnenmarktes, Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes, Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit – das ist nämlich ein Problem, das immer übersehen wird – und Zukunft von Energie, Klima und Umwelt.

Mein Gesamteindruck ist aber, dass das Gefühl der Dringlichkeit gewachsen ist. Außerdem scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass die Mängel einer kurzatmigen nationalen Politik nur durch eine europäische Politik zu beseitigen sind.

NG/FG: Ist es ein Problem der EU, dass auf diesen Feldern – Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik – immer wieder der Konsens der Regierungen nö-

tig ist, denn supranational kann nichts entschieden und beschlossen werden.

Verheugen: Das ist in der Tat unser Problem. Obwohl die Europäische Union aus einer Wirtschaftsgemeinschaft entstanden ist, gibt es keine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik. Wir haben den Binnenmarkt und die Währungsunion, aber wir haben keine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik. Aber es ist ein Verbesserung festzustellen durch eine Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, nach der die Mitgliedsländer auf der Grundlage der vereinbarten makro- und mikroökonomischen sowie beschäftigungspolitischen Leitlinien nationale Reformpläne vorlegen, die jedes Jahr überprüft und angepasst und von der Kommission bewertet werden, bevor länderspezifische, vom Rat beschlossene Empfehlungen abgegeben werden.

NG/FH: Sind denn erste Erfolge dieser Strategie zu erkennen?

Verheugen: Seitdem die neue Strategie zu wirken beginnt, ist auch eine grundlegende Veränderung der europäischen Agenda zu beobachten. Wir sehen in allen Mitgliedsländern, dass neue Themen nach vorne rücken: Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Qualifizierung, lebenslanges Lernen, der Oberbegriff dafür heißt: Innovation.

Außerdem haben sich Rahmenbedingungen für Unternehmen durch den Abbau von überflüssigen Regulierungen verbessert, der Marktzugang für europäische Unternehmen außerhalb der Europäischen Union ist erleichtert worden. Europas Zukunft hängt von der Kapazität und Entwicklungsfähigkeit seiner kleinen und mittleren Unternehmen ab. Die Großindustrie wird das Beschäftigungsproblem nicht lösen, sondern nur noch verschärfen. Nur wenn wir das Wachstumspotenzial der kleinen und mittleren Unternehmen verbinden können mit der Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, werden wir imstande sein, auch das Beschäftigungsproblem zu lösen.



Reiner Zensen

Günter Verheugen, seit 1999 Mitglied der EU-Kommission.

NG/FH: Was kann die deutsche Ratspräsidentschaft tun, um den Verfassungsprozess wieder voran zu bringen?

Verheugen: Das ist die vermutlich wichtigste deutsche Aufgabe, denn niemand außer Deutschland kann das leisten. Alle warten deshalb auf die deutsche Präsidentschaft, damit endlich wieder Initiative ergriffen wird. Ich stelle dazu drei Thesen auf. *Erstens:* Wir brauchen einen besseren Vertrag als den, den wir heute haben. Dieser Vertrag reicht nicht aus, um unsere täglich wachsende Verantwortung in der Welt wahrnehmen zu können. *Zweitens:* Wir müssen das, was der bisherige Verfassungsvertrag an neuen Elementen der Vertiefung enthalten hat, im neuen Text übernehmen. Wir dürfen nicht diskutieren über Verfassung *minus*, sondern allenfalls über Verfassung *plus*. Wir müssen die neuen Elemente in der Verfassung ergänzen durch wirkungsvollere Regelungen für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, denn der Mangel

wird jeden Tag sichtbar. *Drittens:* Für mich kommt es nicht so sehr darauf an, wie das Produkt am Ende genannt wird. **NG/FH:** Wäre unser bewährter Begriff »Grundgesetz« eine Lösung?

Verheugen: ... zum Beispiel. Ich hätte eine solche Lösung von Anfang an für viel besser gehalten, weil der Begriff Verfassung natürlich in einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern eindeutig verbunden ist mit der Idee des Nationalstaates, und das schafft dort von vorne herein ein Missverständnis, nämlich dass hier ein europäischer Superstaat geschaffen werden sollte, obwohl es doch ganz klar feststeht, dass die Idee eines europäischen Superstaates tot ist.

Was die Deutschen jetzt leisten können, und mehr sollten sie sich nicht vornehmen, ist eine Vereinbarung über das weitere Vorgehen. Welche konkreten Fortschritte muss der nächste Überprüfungsschritt bringen? Außerdem muss man sich auf das Verfahren einigen. Der Zeitrahmen sollte so gesteuert werden, dass der weiterentwickelte Vertrag, wie immer er heißen wird, im Jahr 2009 in Kraft treten kann, wenn die neuen Institutionen gebildet werden. Die deutsche Präsidentschaft kann eine solche Einigung über das Vorgehen erreichen in einem relativ kurzen Zeitfenster.

NG/FH: Welche Auswirkungen könnte der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahl auf den Verfassungsprozess haben?

Verheugen: Die entscheidende Frage ist: Was ist das Interesse des nächsten französischen Präsidenten oder der nächsten französischen Präsidentin? Da wage ich die These: Wer auch immer es sein wird, er hat überhaupt keine andere Wahl als

Frankreich zurückzuführen in das Zentrum der europäischen Politik. Frankreich steht heute am Rand. Wenn aber irgendein Land nicht an den Rand gehört, dann ist es Frankreich. Es gibt wohl für Frankreich keine andere vernünftige Option als zusammen mit Deutschland wieder das Zentrum der europäischen Politik zu bilden. Darum bin ich eher zuversichtlich, dass die nächste französische Regierung als erste große Tat dazu beitragen wird, den Prozess der institutionellen Reform wieder in Bewegung zu bringen.

NG/FH: Eine Frage zur europäischen Außenpolitik. Ist mit der Erweiterung nach Osteuropa nicht eine längerfristig wirksame Blockade zu befürchten, weil viele der neuen Beitrittsländer sich doch sehr stark an den USA orientieren und weniger an der Europäischen Union?

Verheugen: Das ist ein Vorurteil. Die Praxis bestätigt es überhaupt nicht. Die Beitritte führen eher, wenn sie erst einmal vollzogen sind, zu einer Neuorientierung, d.h. einer wesentlich schnelleren Europäisierung und Emanzipation von den Amerikanern. Heute würde doch kein mitteleuropäisches Land mehr die amerikanische Irak-Politik unterstützen. Keines dieser Länder hat dem amerikanischen Druck nachgegeben und den Internationalen Strafgerichtshof sabotiert.

NG/FH: Thema Türkei. Joschka Fischer hat in einem Artikel für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG der Bundesregierung einen zögerlichen Umgang in der Beitrittsfrage unterstellt. Teilen Sie diese Kritik?

Verheugen: Ich kann das nicht erkennen. Trotz des Spagats, den die Bundeskanzlerin für ihre Leute zu vollbringen hat, verhält sich Deutschland in dieser Frage absolut vertragstreu. Richtig ist aber, dass die Verlangsamung des inneren Reformprozesses in der Türkei sehr viel damit zu tun hat, dass spätestens seit den Referenden in Frankreich und den Niederlanden die Möglichkeit eines Beitrittes der Tür-

kei verantwortlich gemacht wird für die krisenhafte Situation in Europa. In meinen Augen ist das nur eine billige Ausflucht von Politikern, die auf der nationalen Ebene versagt haben.

NG/FH: Was verlöre die Europäische Union, wenn die Türkei nicht Mitglied würde?

Verheugen: Nicht nur die Europäische Union würde etwas verlieren, ich denke die gesamte demokratische westliche Welt würde einen schweren Verlust haben. Denn auch die bereits existierende sogenannte privilegierte Partnerschaft wäre keine Alternative, um im Falle eines abgelehnten Beitritts den Verlust der Türkei als Partner der westlichen Demokratien aufzuhalten. Man muss sich in Bezug auf die Türkei immer zwei Dinge klar machen. Sie hat eine enorme Bedeutung für die Sicherheit Europas in einer auch für uns hochexplosiven Region. Und zweitens stehen wir am Anfang des 21. Jahrhunderts vor der entscheidenden Frage, wie sich das Verhältnis zwischen westlichen Demokratien und islamischer Welt entwickeln wird. Deshalb kann sich die Europäische Union gegenüber der Türkei nicht als christlicher Club darstellen. Über die kurzfristigen Vorteile will ich gar nicht erst reden, dass die Türkei wirtschaftlich gesehen Europa ganz enorm stärken würde. Für mich ist ausschlaggebend die schlichte Erkenntnis, dass wir die Türkei wahrscheinlich mehr brauchen als die Türkei uns. Die Türkei hat nämlich Alternativen.

NG/FH: Ihre jüngste Kritik an dem weitgehend verselbstständigten Spitzenbeamten in Brüssel hat einen großes, überwiegend positives Echo gehabt. Was müsste sich ändern?

Verheugen: Ich habe ein Strukturproblem angesprochen, das keineswegs nur für die Europäische Kommission gilt, Stichwort: Bürokratie als Strukturproblem jeder modernen Demokratie angesichts einer immer komplexer werdenden Staatstätig-

keit, die dringend einer politischen Kontrolle bedarf. Was die Brüsseler Bürokratie angeht, so ist sie eine ganz besondere. Zunächst einmal ist sie natürlich hochqualifiziert, was ich nicht in Frage gestellt habe und auch nicht für das Problem halte. Aber es gibt eine bestimmte Tradition in Brüssel, die sich aus der Entwicklung dieser Institution erklärt, nämlich die Kommission als Regulierer. Über Jahrzehnte war sie eher ein sehr technisches Instrument und die Kommissare fungierten im Stile eines Aufsichtsrats. Die langfristige Agenda für die europäische Integration wird von den hohen Beamten und nicht von den Kommissaren gemacht. Inzwischen ist die Lage aber völlig anders. Deshalb müssen wir den politischen Charakter der Institution *Kommission* viel stärker betonen. Deshalb hat für mich der Versuch des Bürokratieabbaus und der

Rechtsvereinfachung auf europäischer Ebene eine große symbolische politische Bedeutung. Natürlich hat meine Kritik auch etwas mit den Widerständen zu tun, die dieses Projekt innerhalb der Beamtenschaft hervorruft.

NG/FH: Gibt es da eine Chance der Realisierung oder werden die Beamten das zu verhindern wissen?

Verheugen: Seit meinem Paukenschlag gibt es inzwischen keinen Beamten in Brüssel mehr, der nicht weiß, was diese Kommission will: Rechtsvereinfachung und Bürokratieabbau. Wir haben in der Zwischenzeit beschlossen, dass wir durch Rechtsvereinfachung die europäischen Unternehmen um 25 % der auf ihnen lastenden Bürokratiekosten entlasten wollen. Übersetzt heißt das: Es wird im Jahr 2010 zu einem Produktivitätsgewinn von 1,5 % des gesamten europäischen Brutto-

»Wir brauchen die Türkei mehr als sie uns.« Die Fragen stellte Thomas Meyer.



Reiner Zensen

sozialproduktes führen, also 150 Mrd. EURO, die nicht ausgegeben werden müssen für überflüssigen Papierkrieg. Die kann man dann ausgeben für Forschung, Entwicklung, für Qualifizierung, also zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

NG/FH: Wären dies die ersten Schritte auf dem Weg, noch einmal Begeisterung für die Europäische Idee zu wecken oder ist da die Luft längst raus?

Verheugen: Ich glaube, dass es möglich ist, die Europäische Idee noch einmal zu dem eine ganze Generation begeisternenden Thema zu machen, das es schon einmal war. Denn nur die europäische Integration kann uns helfen, den europäischen *way of life* im Verlauf des 21. Jahrhunderts zu bewahren. Wir haben ja einen ganz besonderen *way of life*, was vielen Europäern nicht bewusst zu sein scheint. Wir haben einen Wertekonsens, den andere nicht haben, wir sind uns einig, dass wir einen hohen Lebensstandard, hohe

soziale Standards, hohe Umweltstandards wollen; wir sind uns einig, dass der Einzelne Vorrang hat vor staatlichen Machtansprüchen usw. Wir sind die Region der Welt, in der die Menschenrechte am besten verwirklicht sind. Wir sind die Region der Welt, in der eigentlich auch die Chancengleichheit am Besten realisiert ist. Das steht unter massivem Druck durch die demografische Entwicklung und die Globalisierung. Wir können in Europa auf eine friedliche und nachhaltig sozial gerechte Entwicklung in dieser Welt hinwirken und wirtschaftlich durch den Schritt in die Wissensgesellschaft und die Wissensökonomie unsere Wettbewerbsfähigkeit so stabilisieren, dass wir für lange Zeit an der Weltspitze bleiben. Europa an die Weltspitze ist für mich eine Vision, von der ich glaube, dass sie neben das andere Ziel treten kann, Europa als die große Friedensmacht.

Jo Leinen

Wie weiter mit der Europäischen Verfassung?

Die Europäische Verfassung zu retten, ist das erklärte Ziel der am 1. Januar 2007 begonnenen deutschen Ratspräsidentschaft. Die Bundesregierung übernimmt damit eine nicht ganz leichte Rolle. Einerseits haben mittlerweile zwei Drittel der Mitgliedsstaaten die Verfassung ratifiziert, andererseits lässt sich der Ratifizierungsprozess aufgrund der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht ohne einen zweiten Anlauf erfolgreich abschließen. Aufgabe der Bundesregierung wird es in den nächsten Monaten sein, die verschiedenen Optionen zur Rettung der Verfassung auszulegen und einen belastbaren Fahrplan vorzulegen.

Europa braucht eine Verfassung

Nachdem als Folge des *Non* in Frankreich und des *Nee* in den Niederlanden monatelange Ratlosigkeit herrschte, traditionell europaskeptische Mitgliedsländer die Verfassung als tot bezeichneten und sich eine europaskeptische Stimmung ausbreitete, haben die letzten Monate wieder Grund zum Optimismus gegeben. Das interparlamentarische Forum des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Dezember in Brüssel, hat den Wunsch der Abgeordneten aus allen Mitgliedsstaaten nach einem neuen Europa-Vertrag deutlich gezeigt.

Die von der Europäischen Kommission vorgelegte Studie zu den Kosten der